A-01-073 Zukunft ist, was wir draus machen

Antragsteller*in: Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)
Status: Behandelt

Änderungsantrag zu A-01

Nach Zeile 73 einfügen:
Die letzte Bundesregierung hat es nicht nur versäumt, aus der Kenntnis des Ausmaßes der staatlichen Schnüffelaktivitäten Konsequenzen zu ziehen - sie hat diese kurz vor der Wahl durch die Ausweitung der Online-Durchsuchung und die Vorratsdatenspeicherung auch noch gefördert und ausgeweitet. Beides steht nicht im Einklang mit den Grund- und Menschenrechten und unseren Vorstellungen von einer liberalen Demokratie. Ausufernde Quellenüberwachung und Vorratsdatenspeicherung sind ein Anschlag auf Bürgerrechte, sie sind Ausdruck einer zunehmenden Aufweichung und Abschaffung demokratischer Grundwerte. Dies lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Egal ob in der Regierung oder in der Opposition, wir fordern daher:

- Rücknahme der Ausweitung der Online-Durchsuchung per „Formulierungshilfe“
- Rücknahme der Vorratsdatenspeicherung
- Rücknahme des NetzDG
- Keine neuen Abenteuer zur Massenüberwachung, etwa durch „Entschlüsselungsinitiativen“ des EU-Rats
- Gesetzlicher Schutz und Solidarität für Internet-Firmen, die sich der Beihilfe zur Massenüberwachung widersetzen
- Keine Beeinflussung der Informationsgewinnung des Bürgers von staatlicher oder privatwirtschaftlicher Seite
- Förderung des kritischen Denkens im Bildungsbereich statt staatlichem oder privaten Vordenkertum

Wir sind stolz auf die Arbeit von Hans-Christian Ströbele und Konstantin von Notz im NSA-Untersuchungsausschuss und auf das Verhandlungsgeschick unserer Sonderier*innen. Ihr Engagement gegen Überwachung ist uns Ansporn für unsere weitere, auf Bürger- und Menschenrechten basierenden Politik im Netzbereich. Denn eins wissen wir ganz genau: Freiheit ist keine Sklaverei, und Unwissenheit keine Stärke!

Begründung

Einer der wesentlichen Erfolge der Verhandlungen waren die sehr weitgehenden Kompromisse in Richtung Datenschutz und Sicherheit. Dies gilt es an dieser Stelle zu betonen und festzuschreiben.

Seit Jahren hören wir das gleiche Lied: Zu unserem eigenen Schutz (z.B. vor Terrorismus, Verbrechen und „feindlichem“ Gedankengut) werden unsere Rechte auf Privatsphäre, auf freien und unzensierten Zugang zu Information und auf freie Äußerung der eigenen Meinung immer weiter eingeschränkt. Unsere Demokratie, die sich eigentlich ganz wesentlich durch eine Affinität zu Grund- und Menschenrechten auszeichnet, schafft sich hier unter dem Deckmäntelchen des Selbstschutzes mit mittlerweile erschreckender Geschwindigkeit zunehmend selber ab. Dieser Entwicklung setzen wir ein entschiedenes „Nein“ entgegen.

Dank Edward Snowden wissen wir, wozu Geheimdienste mittlerweile in der Lage sind, und in welch verstörendem Maß sie diese Möglichkeiten mittlerweile einsetzen. Die zunehmend totale Überwachung des Internet und Telefonverkehrs empört uns ebenso, wie die staatlich-geheimdienstlich organisierte Manipulation der öffentlichen Meinung – unabhängig davon, von welcher Seite dies erfolgt.

Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen vor staatlicher Überwachung geschützt werden. Die Wehrhaftigkeit von Internetdienstleistern, wie dem Knotenbetreiber DE-CIX mit seiner Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Massenüberwachung, begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Neue Initiativen zur Massenüberwachung, wie sie z.B. aktuell der EU-Rat mit seiner Initiative zur Beschaffung von Technik zur Entschlüsselung betreibt, erteilen wir eine klare Absage.

Aber nicht nur durch Massenüberwachung, auch durch Manipulation droht der Demokratie Gefahr. Auch hier hat uns Edward Snowden durch GCHQ-Schulungsunterlagen und anderer Dokumente die Augen geöffnet. Diese Manipulation der öffentlichen Meinung erfolgt nicht nur durch Geheimdienste, sie wird auch offen durch die Politik gefordert. Die Idee, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung durch die Definition von Wortkonstrukten die „Fake News“ und „Hate Speech“ per einfacher Parlamentsmehrheit auszuhöhlen, ist in den Köpfen zu vieler schon zu weit vorgedrungen. Wenn Heiko Maas sich zu Forderungen nach einer „Digitalagentur“ versteigt, die über den Weg der Algorithmen die „Inhalte, die Nutzer von sozialen Netzwerken oder Suchmaschinen zu sehen bekommen“ beeinflussen soll, dann ist das ein Anschlag auf das Recht des mündigen Bürgers, sich frei und nach eigenem Gutdünken zu informieren, um sich seine eigene Meinung zu bilden. Das sich Maas damit in einem internationalen Trend bewegt, und z.B. Google seit April Tendenzen entwickelt, unliebsame politische Inhalte durch „herunterscoren“ unsichtbar zu machen, macht es nicht besser, ganz im Gegenteil: Es ist für uns Ansporn, uns für das bildungspolitische Ziel „Mündiger Bürger“ durch Vermittlung und Förderung von Kritik- und Reflektionsfähigkeit in einer immer komplexer werdenden Medienwelt einzusetzen. Demokratie braucht mündige Bürger, und mündige Bürger brauchen keine interessengesteuerten Vordenker! Bedauernd nehmen wir zur Kenntnis, dass wir selber dieses urdemokratische Thema vernachlässigt, und damit der AfD mit ermöglicht haben, es im Wahlkampf teilweise zu besetzen. Wir werden aus diesem Fehler lernen!

weitere Antragsteller*innen

Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Robin Luge (Harz KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ralf Bohr (Bremen-Ost KV); Christian Bock (Tübingen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV);

Dietmar Beckmann (Duisburg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Stephan Wiese (Stormarn KV)